

Die Alterung der Gesellschaft und die Folgen für die Kommunen im Bund und im Saarland: eine kaum wahrgenommene demographische Herausforderung mit erheblichen Auswirkungen

König, Armin

Preprint / Preprint

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

König, A. (2008). Die Alterung der Gesellschaft und die Folgen für die Kommunen im Bund und im Saarland: eine kaum wahrgenommene demographische Herausforderung mit erheblichen Auswirkungen. *Saarländische Kommunal-Zeitschrift*, 58(10), 243-250. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-57204>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Alterung der Gesellschaft und die Folgen für die Kommunen im Bund und im Saarland

Eine kaum wahrgenommene demographische Herausforderung mit erheblichen Auswirkungen

Armin König

Die Schrumpfung Deutschlands in den nächsten 20 bis 30 Jahren wird von Bevölkerungswissenschaftlern seit längerem problematisiert. Der demographische Wandel hat aber eine andere wichtige Komponente, die von Sebastian Schröder und Thomas Straubhaar für kritischer gehalten wird: „Nicht die Schrumpfung, sondern die Alterung ist die demografische Herausforderung.“ (Schröder & Straubhaar 2006: 20). Alterung der Gesellschaft lässt sich mit Hilfe der Relation zwischen älteren und jüngeren Menschen definieren: „Eine Bevölkerung altert, wenn die Menschen länger leben und gleichzeitig weniger Kinder geboren werden. Dann steigt der relative Anteil der älteren Einwohner an der Gesamtbevölkerung. Dieses kollektive Altern wird ausgedrückt durch den Altenquotienten¹, das Verhältnis von Rentnern zu Menschen im Erwerbsalter.“ (Lehr 2007: 1).

Empirische Befunde und gesellschaftliche Diskussionen zur Alterung in Deutschland

Dass Deutschland altert, ist schon jetzt an Hand der Bevölkerungsfortschreibung zu belegen. Die Prognosen des Statistischen Bundesamtes und des Bundesamtes für Bevölkerungsforschung lassen eine beschleunigte Alterung der Bevölkerung erwarten, ganz gleich, von welcher Variante man ausgeht. „Das Altern wird vor allem deshalb stattfinden, weil es bereits im Altersaufbau der heutigen Bevölkerung angelegt ist. In dem Maße, wie die Baby-Boom-Generation der 1950er/1960er Jahre immer älter wird und sich im Altersaufbau nach oben verschiebt, beschleunigt sich der Alterungsprozess. Er wird seinen Höhepunkt erreichen, wenn um das Jahr 2030 die demographische Welle das Rentenalter erreicht. Danach beginnt das Altern allmählich an Dynamik zu verlieren.“ (BiB 2008: 11)².

¹ Altenquotient: „Analog zum Jugendquotient bezieht er die ältere Bevölkerung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Es gibt dazu keine vorgeschriebenen Altersgrenzen, am gebräuchlichsten sind Abgrenzungen bei 15/20 Jahren nach unten und 60/65 Jahren nach oben“. (BiB 2008: 76).

² BiB = Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.

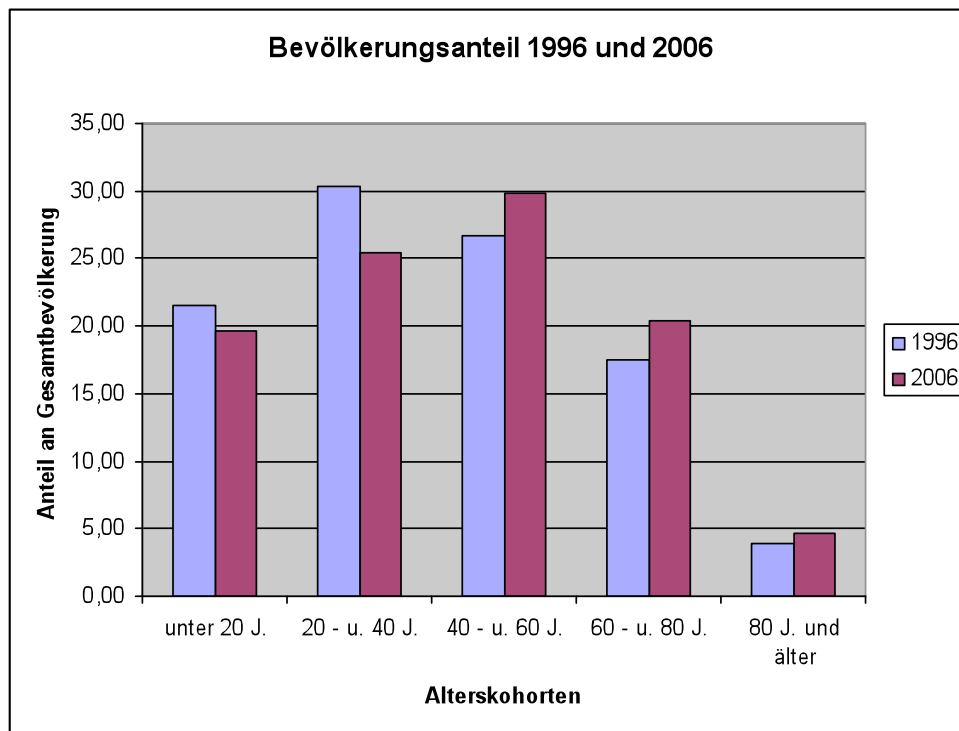


Abb.1: Änderung Altersverteilung in Deutschland 1996 und 2006.

Das Thema Alterung in der Bevölkerung ist seit 1989 in der politischen Diskussion. Die Altersforscherin Ursula Lehr, die 1988 Bundesministerin geworden war, gab im Februar 1989 den Auftrag zur Erstellung des 1. Altenberichts der Bundesregierung. Die Kommission kam bereits 1992 zum Schluss, dass der Prozess des demographischen Wandels sich auf die sozialen Sicherungssysteme auswirken „und die Generationensolidarität vor eine Bewährungsprobe stellen“ (1. Altenbericht 1992: 5) werde.

Die Kommission gab Empfehlungen, die vor allem die wirtschaftliche Lage, die Gesundheitsversorgung, die Wohnverhältnisse, Beratungsangebote, ambulante soziale Dienste, stationäre Einrichtungen der Altenhilfe, Ernährung, Prävention und die Verkehrspolitik betrafen. Dieser 1. Altenbericht der Bundesregierung legte eine Reihe von gesellschaftlichen Problemen offen, die bis zu diesem Zeitpunkt politisch nicht diskutiert worden waren. Er stellte drei Jahre nach dem Fall der Mauer bereits fest, dass durch die deutsche Vereinigung eine neue Situation mit unterschiedlichen Problemlagen in den alten und den neuen Bundesländern entstanden war.

Im Oktober 1992 setzte der Deutsche Bundestag als Reaktion auf die neue Diskussion zur alternden Gesellschaft die Enquete-Kommission "Demographischer Wandel - Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik" ein.

Zum Thema Altersstruktur und den demographischen Rahmenbedingungen für die Zukunft heißt es in diesem Dokument des Deutschen Bundestags:

„Die Fertilität wird auf einem niedrigen Niveau verharren, die Lebenserwartung zunehmen. Eine zahlenmäßig kleinere Bevölkerung wird zu einer abnehmenden Bevölkerungsdichte führen mit starken regionalen Disparitäten. Die Verschiebung der Altersstruktur der Bevölkerung ist voraussichtlich stärker als noch vor einigen Jahren angenommen. Selbst bei weiterhin kontinuierlich erfolgenden Zuwanderungen sind der Bevölkerungsrückgang und die Verschiebung der Altersstruktur nicht aufzuhalten, sondern allenfalls abzumildern. Immer weniger junge Menschen stehen immer mehr älteren Menschen gegenüber, und das Durchschnittsalter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sowie das der Bevölkerung insgesamt werden deutlich zunehmen.“³

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war das Thema Alterung und demographischer Wandel in der Bundespolitik angekommen. Doch öffentlich wahrgenommen wurde diese wegweisende und brisante Arbeit erst sehr viel später.

Wie sehr sich die Altersstruktur verändert, macht ein Blick auf die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung deutlich. So sinkt die Gruppe der unter 20jährigen bei Annahme einer „mittleren Bevölkerung“, annähernd konstanter Geburtenhäufigkeit und einer Zuwanderung von 100.000 Menschen pro Jahr von 100 Prozent auf 81,9 Prozent im Jahr 2020, auf 76,9 Prozent im Jahr 2030 und auf 62,9 Prozent im Jahr 2050.

Das heißt: Bei dieser „mittleren Variante“ geht der Kinder- und Jugendanteil, der für die Innovations- und Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft so wichtig ist, innerhalb von 45 Jahren um 37,1 Prozent zurück. Es fehlen dann rund 6 Millionen junge Menschen.

Genau umgekehrt ist der Trend bei den über 65jährigen. Deren Zahl steigt nach der mittleren Voraussagevariante der Statistiker um 44 Prozent oder 7 Millionen. Die Bundesrepublik Deutschland entwickelt sich mehr und mehr zu einem Land, in dem die Seniorinnen und Senioren eine wachsende Macht haben und werden.⁴ So wird es nach der Prognose 2050 doppelt so viele Menschen ab 65 wie unter 20-Jährige geben⁵. Damit überlagern sich zwei Entwicklungen, deren gesellschaftliche Folgen wir heute nur ahnen können:

„Mit dem Aufrücken der heute etwa 40 Jahre alten Menschen aus den geburtenstarken Jahrgängen in höhere Alter und dem Nachrücken geringer besetzter jüngerer Jahrgänge schrumpft

³ Deutscher Bundestag (2002): Schlussbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“; Drs. 14/8800. S. 33. Die Kommission weist ausdrücklich darauf hin, dass Prognosen über die Auswirkungen des demografischen Wandels angesichts der zeitlichen Reichweite und der komplexen Wirkungszusammenhänge mit Unwägbarkeiten behaftet seien, dass jedoch Trendaussagen möglich seien. Der Bericht gründet auf der 9. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Inzwischen liegt die 11. Bevölkerungsvorausberechnung vor, die die Trends von 2002 bestätigt.

⁴ Ob sie diese Macht auch politisch nutzen, wird kontrovers diskutiert. So schreibt *Elisabeth Niejahr*: „Das Lebensgefühl der Alten von morgen wird sehr unterschiedlich sein, und deshalb wird es den Alten von morgen schwer fallen, gemeinsame Interessen zu artikulieren.“ (*Niejahr 2004*: 123)

⁵ Statistisches Bundesamt: 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse, S. 36.

*nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern wird es zudem zu signifikanten Verschiebungen im Verhältnis der einzelnen Altersgruppen zu einander kommen.*⁶

Trotzdem kann auch in diesem Bereich nicht von einer alarmierenden Entwicklung gesprochen werden. Der Trend ist unspektakulär (Schlömer 2006: 6). Es handelt sich um Langzeitprozesse, die systematisch verfolgt werden können und auf die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend reagieren können. Die Veränderungen durch die Verschiebung der Altersstruktur waren bisher durch Selbstregulierung der Gesellschaft zu bewältigen (vgl. Hondrich 2007).

Allerdings ist davon auszugehen, dass die Dimension des jetzt schon zu registrierenden Alterungsprozesses kaum bekannt ist. Deshalb erscheint es an dieser Stelle sinnvoll und notwendig, auf der Grundlage empirischer Daten die Dynamik der Entwicklung und mögliche Trends aufzuzeigen.

	unter 20 Jahre		20-65 Jahre		über 65 Jahre	
	1996	2006	1996	2006	1996	2006
Baden-Württemberg	2.305.761	2.258.090	6.515.016	6.470.313	1.553.728	2.010.350
Bayern	2.618.853	2.568.921	7.552.132	7.562.334	1.872.884	2.361.403
Berlin	690.479	575.248	2.294.857	2.218.800	473.427	609.989
Brandenburg	594.500	432.038	1.610.173	1.587.485	349.768	528.249
Bremen	126.727	119.447	431.122	406.290	119.921	138.242
Hamburg	305.741	307.764	1.113.904	1.120.779	288.341	325.639
Hessen	1.240.846	1.204.816	3.831.226	3.696.228	955.212	1.174.315
Mecklenburg-Vorpommern	448.326	287.458	1.135.412	1.057.582	233.458	348.714
Niedersachsen	1.703.422	1.680.717	4.848.742	4.704.838	1.262.984	1.597.130
Nordrhein-Westfalen	3.848.221	3.719.706	11.221.173	10.754.831	2.878.321	3.554.208
Rheinland-Pfalz	871.815	828.875	2.466.464	2.409.106	662.288	814.879
Saarland	220.245	195.249	679.203	622.714	184.736	225.204
Sachsen	971.829	677.414	2.799.673	2.590.455	774.200	981.905
Sachsen-Anhalt	599.156	391.784	1.696.909	1.499.590	427.555	550.413
Schleswig-Holstein	569.353	582.901	1.734.289	1.671.835	438.651	579.518
Thüringen	558.734	373.302	1.551.080	1.438.707	381.305	499.131

Tab. 1: Altersverteilung in den Bundesländern .(Quelle. Statistisches Bundesamt)

⁶ 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Annahmen und Ergebnisse, S. 36.

Veränderungen 1996-2006	Bis 20 Jahre	Je 100	20-65 Jahre	Je 100	Über 65 Jahre	Je 100
Baden- Württemberg	-47.671	-2,07	-44.703	-0,69	456.622	29,39
Bayern	-49.932	-1,91	10.202	0,14	488.519	26,08
Berlin	-115.231	-16,69	-76.057	-3,31	136.562	28,85
Brandenburg	-162.462	-27,33	-22.688	-1,41	178.481	51,03
Bremen	-7.280	-5,74	-24.832	-5,76	18.321	15,28
Hamburg	2.023	0,66	6.875	0,62	37.298	12,94
Hessen	-36.030	-2,90	-134.998	-3,52	219.103	22,94
Mecklenburg- Vorpommern	-160.868	-35,88	-77.830	-6,85	115.256	49,37
Niedersachsen	-22.705	-1,33	-143.904	-2,97	334.146	26,46
Nordrhein- Westfalen	-128.515	-3,34	-466.342	-4,16	675.887	23,48
Rheinland-Pfalz	-42.940	-4,93	-57.358	-2,33	152.591	23,04
Saarland	-24.996	-11,35	-56.489	-8,32	40.468	21,91
Sachsen	-294.415	-30,29	-209.218	-7,47	207.705	26,83
Sachsen-Anhalt	-207.372	-34,61	-197.319	-11,63	122.858	28,74

Tab. 2: Veränderung der Altersverteilung in den Bundesländern in absoluten Zahlen und je 100 Einwohner.
(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Obwohl es sich in einem Zeitintervall von zehn Jahren um zum Teil gravierende Veränderungen um 51,03 (Brandenburg) bzw. 49,37 Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) handelt, ist dies von der bundesweiten Öffentlichkeit so intensiv nie wahrgenommen worden – wenn überhaupt. Dabei waren nicht nur die neuen Bundesländer betroffen. Auch in Baden-Württemberg ist die Zahl der über 65jährigen von 1996 bis 2006 um fast 30 Prozent gestiegen, ohne dass dies außerhalb demographischer Fachzirkel eine wichtige publizistische oder politische Rolle spielte.

Die Debatten um eine älter werdende Gesellschaft wurden in Deutschland bis in die Gegenwart vorwiegend negativ geführt. Indizien dafür sind pejorative Begriffe wie „Alterslast“ oder „Rentnerschwemme“, die 1996 zum „Unwort des Jahres“ gekürt wurde. Das Alter ist aber sehr differenziert zu betrachten. Neben den problematischen Seiten des Alterns (Krankheiten, Pflegebedürftigkeit, Demenz, Altersarmut) sind ebenso die positiven Entwicklungen zu sehen: So wird zunehmend, wenn auch noch zögerlich, das Bild aktiver Senioren gezeichnet, die sich im Anschluss an die Erwerbstätigkeit neue Chancen erschließen, sich selbst zu verwirklichen. Auch Senioren selbst sehen Chancen Das erfordert von Politikern, Unternehmen, Institutionen, aber auch von Marketingstrategen neue Sichtweisen. **Das alte Bild des Alterns ist nicht mehr aktuell. Aber es wirkt noch nach.**

In einer Welt, die über Jahrzehnte die Leitbilder der Jugend und der Schönheit darstellte, war das Alter bisher Makel und Schönheits-Fehler. Werbung, Medien und Wirtschaft waren auf die Schönheits- und Jugendmythen programmiert (vgl. Thieme 2008: 38) und hatten ihr Marketing auf diese Muster ausgerichtet (z.B. Auto, Konsumgüter, Elektronik): „Man ver-

sucht, das Alter aufzuhalten, es herauszuzögern und mit der Menge der Alten in Zukunft irgendwie fertig zu werden“. (Femers 2007: 12)

Frank Schirmachers Angst vor dem „Methusalem-Komplott“ (Schirmacher 2004) hat es an die Spitze der Bestsellerlisten geschafft. Im Arbeitsleben haben viele Unternehmen die gesetzlichen Möglichkeiten der Frühverrentung genutzt, um sich in Zeiten der Krise von älteren Mitarbeitern zu trennen. Sie wurden „ausrangiert“ (Ebert, Kistler & Trischler 2007)⁷ zum „alten Eisen“. Gesellschaft und Politik spielten mit: „Es gab eine festzementierte unheilige Allianz zwischen Unternehmen, Beschäftigten und dem Staat. Die Manager wollten ältere, teurere Mitarbeiter gern loswerden, es drängten ohnehin genug billigere, jüngere nach. Die Arbeitnehmer sehnten sich nach der Pension, waren auch meist nicht bereit, für die letzten paar Jahre noch etwas dazuzulernen. Und der Staat – unwillig, mit den Sozialpartnern auf Konfrontationskurs zu gehen – finanzierte die Frühpensionierungen, wälzte die Kosten also auf die kommenden Generationen weiter. All das stößt jetzt an seine Grenzen.“ (Engel 2007: 9).

Der demographische Wandel zwingt zum Umdenken, die Bundesregierung hat das Programm „Perspektive 50plus“ gestartet, um Arbeitslosen über 50 Jahre wieder größere Chancen auf Dauerarbeitsverhältnisse zu verschaffen. Auch die Europäische Union setzt auf eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine höhere Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer, wissend, dass dies die Betriebe zu Änderungen der Einstellung, der Arbeitsorganisation und womöglich der Entlohnung zwingt. Im Modell Programm SMART-Region ist dies in breitem Umfang international erprobt worden⁸. Auch wenn derzeit ein „Sinneswandel auf breiter Front nicht [zu] erkennen“ (Ebert, Kistler, Trischler 2007) ist, wird das Thema auf der Agenda bleiben. Kleine Veränderungen sind immerhin schon zu beobachten (Engel 2007).

So hat die wachsende Zahl älterer Menschen beispielsweise zu einem Umdenken in der Werbeindustrie geführt. Susanne Femers sieht in Seniorenmarketing sowie in „Kommunikation für Alte und mit Alten“ (Femers 2007: 207) einen neuen Trend. Wenn die Werbung Trendsetter für die Gesellschaft ist, signalisiert die neue Sicht der Werbekommunikation auf die Älteren auch neue gesellschaftspolitische Prioritäten.

⁷ Das gilt ähnlich für die Politik. Jahrelang gehörte es zum guten Ton, einer Verjüngung des Parlaments und der Parteien das Wort zu reden. So waren „Die jungen Wilden von der Christenunion“ (ZEIT 40/1995) ein Ehrentitel. Wo die Verjüngung nicht gelang, war von der „Wiederkehr der alten Garde“ (ZEIT 38/1969) die Rede.

⁸ „Smart Region ist ein Projekt im Rahmen des Europäischen Sozialfonds ESF (Art. 6, Innovative Maßnahmen). Unter dem Titel „Innovative Ansätze zur Bewältigung des Wandels“ beschäftigen sich dabei europaweit eine Reihe von Projekten mit Fragen des demografischen Wandels und des Management of Change.“ Vgl. DRV (2005): *Smart Region. Eine innovative Maßnahme zur Bewältigung des demografischen Wandels in europäischen Regionen*. Im Mittelpunkt stehen dabei Bemühungen, die Politik der Frühverrentung umzukehren und die Beschäftigungsquote älterer Mitarbeiter zu erhöhen.

Zu analysieren sind vielfältige Erscheinungsformen, die für das Thema Alterung relevant sind. Es geht dabei um Fragen der Biologie (Gesundheit, Krankheit, Leistungsfähigkeit, Sexualität), des Sozialverhaltens, der gesellschaftlichen Aktivität, der politischen Partizipation, der Werte, des Status, der Ökonomie, des Einkommens, um die Nutzung kommunaler Infrastruktur und kultureller Einrichtungen, aber auch um Pflegerisiko, familiäre Fürsorge, gesellschaftliche Absicherung und Singularisierung. Wolfgang Gerok und Jochen Brandtstädter identifizieren „[n]ormales, krankhaftes und optimales Altern“ (Gerok & Brandtstädter 1994: 356), das möglicherweise durch Lebensstil, Mobilisierung von Reserven, Trainingsmaßnahmen und Ausschaltung von Risikofaktoren beeinflusst werden kann (Gerok & Brandtstädter 1994: 356).

Vor Verallgemeinerungen wird deshalb gewarnt.

„Wegen der beträchtlichen Heterogenität im Alter ist die Bevölkerungsgruppe der älteren Menschen daher als Ganzes zumeist keine in sich homogene Zielgruppe politischer Programme und Maßnahmen. Einerseits muß den unterschiedlichen Bedürfnissen und Problemlagen älterer Menschen durch eine entsprechende differentielle Politik Rechnung getragen werden. Andererseits müssen diese unterschiedlichen Bedürfnisse und Problemlagen in den jeweils angemessenen Kontexten der Arbeitsmarkt-, Sozial, Wohnungs-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik stärkere Berücksichtigung finden.“ (Mayer et al. 1994: 725).

Für Verwaltung und Politik wird eine interdisziplinäre Sicht auf veränderte Bedürfnisse einer (und in einer) sich wandelnden lokalen Gesellschaft empfohlen. Dabei müssten ältere Menschen selbst mitreden. Damit kommt auch beim Thema Alterung die Notwendigkeit partizipativer Planungen und Diskussionen ins Spiel.

„Die Menschen können umso länger selbstständig leben, je besser die sie umgebenden Bedingungen darauf eingestellt werden. Das gilt für Wohnung und Wohnumfeld, Einkaufen, Dienstleistungs- und Unterstützungsangebote oder die Nutzbarkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs ebenso wie für die Entwicklung von Produkten unter dem Gesichtspunkt eines ‚Designs for all‘, also nutzbar für alle Menschen, unabhängig von Alter oder Behinderung.“ (DV 2006)⁹

Derzeit geht die Entwicklung allerdings in eine andere Richtung. Finanzielle Zwänge der Kommunen, Einschnitte in die Infrastruktur, Rationalisierungsmaßnahmen privatisierter Dienstleister (Post) und ähnliche Probleme laufen den Bemühungen um eine ortsnahe Daseinsvorsorge für weniger mobile ältere Menschen entgegen. Kritisch beurteilt werden „die Ausdünnung des öffentlichen Nahverkehrs, die Konzentration des Einzelhandels auf der ‚grünen Wiese‘, die Schließung von Dienstleistungseinrichtungen des täglichen Bedarfs wie

⁹ DV 2006 = Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2006): Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung. 27. September 2006.

Filialen von Geldinstituten oder der Post, aber auch der Verkauf kommunaler Wohnungsbestände“. (DV 2006)

Die Politik wird sich in den nächsten Jahren sehr intensiv mit der Frage der Alterung der Gesellschaft beschäftigen müssen, wenn sie soziale Verwerfungen und Legitimationsprobleme für die Demokratie insgesamt verhindern will. Einen ersten Vorgeschmack gab die Diskussion über die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die vor allem von auflagenstarken Boulevardmedien angestoßen und verstärkt wurde. Zielscheibe der Kritik waren nicht nur die Politiker in den Parlamenten, sondern die Politik generell.

Auch den Regionen und Kommunen bleibt diese Debatte nicht erspart. Es geht bei der Diskussion um kommunalen Handlungsbedarf für eine alternde Gesellschaft im demographischen Wandel nicht primär um die klassische Altenhilfe, auch nicht nur um Seniorenpolitik. **Gefragt sind die gesamte Gesellschaftspolitik, die Infrastrukturpolitik, die Sozialpolitik, die Wirtschaftspolitik. Die Prioritäten der Politik werden sich voraussichtlich verschieben – im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Systeme, auf Accessibility¹⁰, auf Generationengerechtigkeit, Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit. Mindestens ebenso wichtig ist die Auseinandersetzung mit den Fragen der Hilfe- und Pflegebedürftigkeit.** Dort sind für die Träger der Sozialhilfe erhebliche personelle und finanzielle Risiken erkennbar. Im Bereich der sozialen Beziehungen ist weiteres Problem schon jetzt erkennbar: „Es wird eine zunehmende Gruppe von Menschen geben, die ihr Leben nicht in familialen Beziehungen gestaltet und damit freiwillig oder unfreiwillig auf die Möglichkeit verzichtet, im höheren Alter auf die Ressourcen von Familienangehörigen zurückgreifen zu können, selbst wenn sie in jüngeren Jahren ihre eigenen Eltern unterstützt, betreut oder gepflegt haben.“ (Schwitzer 2005: 8). Die saarländische Landesregierung spricht darüber hinaus von Herausforderungen auf Grund „der zurückgehenden Pflegebereitschaft bzw. -möglichkeit von Familienmitgliedern, Verwandten und Bekannten“ (1. Demographiebericht Saarland 2008: 106).

Auf die Kommunen, die das Lebensumfeld älterer Menschen bilden, kommt eine besondere Verantwortung zu. Sie müssen trotz aller finanziellen Zwänge garantieren, dass Bürger auch im Alter ein „möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben“ inmitten der Gesellschaft führen können, „das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB XI, § 2 Abs. 1). Was zu leisten ist, ist der **Ausbau der Barrierefreiheit** (5. Altenbericht 2005: 268; DV 2006: 12; König 2007: 117), die gesetzlich vorgeschrieben ist und von den Kommunen noch erhebliche Anstrengungen verlangt, **die Gründung und Ausgestaltung sozialer Netzwerke** (Schwitzer 2005: 9; DV 2006: 12) und die **Förderung der Innenentwicklung in den Kommunen** (vgl. Spannowsky & Hofmeister 2008; Damm 2008), damit ältere Menschen **ortsnahe Dienstlei-**

¹⁰ Barrierefreie Zugänge, z.B. bei öffentlichen Einrichtungen, Dienstleistungen, Internet.

stungen in Anspruch nehmen können. Auch die **Förderung von Engagement und Partizipation („Empowerment“)** ist gefragt (Schwitzer 2005: 9).

Das Beispiel der Grande Région Saarland / Lothringen / Luxemburg / Rheinland-Pfalz / Wallonien

Die Bevölkerungsprognostiker der Großregion sagen erhebliche Verschiebungen in den nächsten vier Jahrzehnten voraus, die bis 2020 einen hohen Grad an Verlässlichkeit haben, bis 2030 schon unsicherer werden und danach höchst spekulativ sind. Dennoch lassen sich an Hand dieses Trend-Szenarios Entwicklungen erkennen.

Was allen Teilbereichen gemeinsam ist, ist die starke Alterung der Gesellschaft. Das gilt für Luxemburg ebenso wie für das Saarland. Für die Region bedeutet dies: Zwar ist die Entwicklung der Einwohnerzahl heterogen, die zunehmende Alterung der Bevölkerung, die von Straubhaar als ein zentrales Merkmal des demografischen Wandels angesehen wird, betrifft aber alle Gebiete in der Großregion, unabhängig vom wirtschaftlichen Erfolg. Damit sind auch das Großherzogtum Luxemburg oder Wallonien, die auf den ersten Blick von demographischen Entwicklungen nicht negativ betroffen sind, dazu gezwungen, sich auf Veränderungen in der Sozialstruktur einzustellen.

Jahr	Saar	LOR	LUX	RLP	WAL	GrRegion
2010	273.200	523.010	94.146	1.028.408	794.540	2.713.304
2020	297.600	623.918	117.115	1.141.711	935.983	3.116.390
2030	327.600	700.459	148.189	1.249.382	1.070.801	3.496.431
□	54.400	177.449	54.043	220.974	276.261	783.127
%	+ 19,91	+ 33,93	+ 57,40	+ 21,49	+ 34,77	+ 28,86

Tab.3: Bevölkerungsprojektion 60 Jahre und älter in der Großregion Saarland (Saar), Lothringen (LOR), Luxemburg (LUX), Rheinland-Pfalz (RLP) und Wallonien (WAL).¹¹

Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang sowohl die absoluten Zahlen als auch die Prozentsätze. Wenn beispielsweise in Luxemburg die Zahl der über 60jährigen innerhalb von 20 Jahren um über 50.000 steigt, dann ist dies eine signifikante Veränderung der Struktur im Großherzogtum. Es entspricht der Größenordnung einer mittleren Stadt (Luxemburg Stadt hat rd. 80.000 Einwohner, Esch-sur-Alzette als zweitgrößte Stadt des Großherzogtums 28.000). Das gilt gleichermaßen für das Saarland. Auch dort ist eine Zunahme der über 60jährigen von 2010 bis 2030 um mehr als 50.000 zu erwarten. Das entspricht der Einwohnerzahl der zweitgrößten saarländischen Stadt Neunkirchen.

Noch gravierender sind die prozentualen Veränderungen. Die Zunahme einer Alterskohorte um 57,4 % verändert radikal die sozialen und politischen Verhältnisse, denn in einer Mehrheitsdemokratie verändern sich voraussichtlich mit der Verschiebung der Altersstruktur auch die Einflussmöglichkeiten

¹¹ Auf der Internetseite der Großregion. URL: http://www.granderegion.net/de/grande_region/index_3A4B432AA60F4FA3A40BEBD5B804FE27.html

Regionale Altersentwicklung im Saarland

Nach den Projektionen der Statistischen Landesämter ist damit zu rechnen, dass die Zahl der über 60jährigen Menschen im Saarland und in Rheinland-Pfalz von 2010 bis 2030 um etwa 19 bis 21 Prozent steigt. Die Folgen dieser Entwicklung sind im 1. Demographiebericht der Saarländischen Landesregierung (2008) im Hinblick auf Pflegebedürftigkeit, Pflegekräfte und Pflegedienste untersucht, positive Aspekte werden nur cursorisch gestreift, etwa im Hinblick auf positive Leitbilder in Wirtschaft und Gesellschaft, Aktives Altern („pro active aging“) und Partizipation (1. Demographiebericht Saarland 2008: 99).

Im Hinblick auf Pflege und Pflegekräftebedarf spricht die saarländische Landesregierung von der Notwendigkeit der „Vernetzung und Optimierung“ und der „Weiterentwicklung neuer Versorgungsstrukturen“ (1. Demographiebericht Saarland 2008: 100). Dabei geht man im Saarland von einer Zunahme der Pflegebedürftigen aus (1. Demographiebericht Saarland 2008: 100).

Jahr	60plus	davon 80plus
2010	273.200	54.200
2020	297.600	65.900
2030	327.600	61.500
□	54.400	+ 7.300
%	+ 19,91	+ 13,47

Tab. 4: Bevölkerungsprojektion zur Alterung der Bevölkerung im Saarland: erwartete Zahl der über 60jährigen und dabei insbesondere der über 80jährigen Einwohner (Quelle: Grande Région).

Gestiegen ist bereits die Zahl der Pflegekräfte bei ambulanten Pflegediensten und in stationären Pflegeeinrichtungen. Die Pflege hat also schon seit 2001 kontinuierlich an Bedeutung gewonnen. Pflegeberufe werden in den nächsten 20 Jahren gefragt sein. Das bietet Chancen für junge Menschen. Der demographischen Wandel kann aber dazu führen, dass es in diesem Bereich sogar zu einem Fachkräftemangel kommt. Die saarländische Landesregierung

geht für ihren Zuständigkeitsbereich davon aus, „dass zur Sicherstellung des zukünftigen Bedarfs an Pflegefachkräften jährlich rund 150 Absolventen die Altenpflegeausbildung erfolgreich abschließen müssen“ (1. Demographiebericht Saar 2008: 104).

Allerdings ist angesichts erheblicher Belastungen der Pflegeversicherung nicht damit zu rechnen, dass die vollstationäre Pflege Steigerungsraten wie bisher verzeichnet. Stattdessen sind neue Angebote gefordert, darunter niedrighschwellige, die es erlauben, dass pflegebedürftige Senioren möglichst lange im eigenen Haus bleiben können. (vgl. 1. Demographiebericht Saar 2008: 105). Im Sinne de Subsidiaritätsprinzips gilt der Vorrang der häuslichen Pflege gem. SGB XI § 3.

Die saarländische Landesregierung definiert die Aufgaben der nächsten Jahre im Bereich der Altenpflege folgendermaßen:

„Eine Infrastruktur, die den Zielen der Pflegeversicherung gerecht wird und geeignet ist, die quantitativen und qualitativen Aufgaben der ambulanten Pflege zu erfüllen, müsste

- Netzwerke und Nachbarschaftshilfen zur Minderung der Einsamkeit und der Entwicklung sozialer Kontakte stellen, anregen und unterstützen,
- Selbsthilfe und Selbstorganisationsfähigkeit der älteren Menschen unterstützen und entsprechende Dienstleistungen vorhalten,
- Beratungsangebote für alle spezifischen Fragen des Alters einschließlich der Wohnberatung umfassen,
- hauswirtschaftliche und technische Hilfen vor Eintritt der Pflegebedürftigkeit sicherstellen,
- nachhaltige Unterstützungssysteme zu besonderen Problemlagen, etwa für demenziell Erkrankte und ihre Angehörigen bereithalten,
- ökonomischere und flexiblere Formen der Leistungserbringung im ambulanten und teilstationären Bereich ermöglichen,
- realitätsnahe, d.h. den Fähigkeiten und Möglichkeiten der Menschen angepasste alternative Wohnformen anbieten,
- primär aus altengerecht umgebauten vorhandenem Wohnbestand mit vernünftigen Notrufsystem bestehen,
- multifunktionelle Pflegestützpunkte quaternah vorhalten,
- durch eine entsprechende Ausgestaltung der Kurzzeitpflege eine Überleitungs- pflege sicherstellen, die nach stationärem Krankenhausaufenthalt nicht unmittelbar ins Heim führt.“ (1. Demographiebericht Saarland 2008: 105).

Damit geraten vor allem die Kreise und die Kommunen unter Handlungsdruck, obwohl Alterung prinzipiell ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist. Wenn der Föderalismus auf

Dauer eine Legitimation haben soll, müssen sich die Länder in dieser Frage stark engagieren und die schrumpfenden, alternden und finanziell angeschlagenen Kommunen in dieser Frage unterstützen.

Fakt bleibt allerdings, dass gerade Netzwerke, Nachbarschaftshilfen, Selbsthilfeaktivitäten, lokale Beratungsangebote, ambulante Hilfen, Pflegestützpunkte und ehrenamtliche Sozialleistungen auf kommunaler Ebene erfolgen und erfolgen müssen – dort wo die Problemnähe zur Lebenswirklichkeit der Senioren am stärksten ausgeprägt ist.

Literatur:

Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen / Staudinger, Ursula (Hrsg.) (1994): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studientext zur Gerontologie. Berlin / New York. de Gruyter.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2008): Bevölkerung: Daten, Fakten, Trends zum demographischen Wandel in Deutschland. Autoren: Jürgen Dorbritz et al. Wiesbaden.

Damm Gerd Rainer (2008): Neue Strategien zur Förderung der Innenentwicklung im Saarland. In: Spannowsky, Willy / Hofmeister, Andreas (Hrsg.): Innenentwicklung unter neuen Vorzeichen. S. 71-80.

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. (2006): Empfehlungen zur Gestaltung der sozialen Infrastruktur in den Kommunen mit einer älter werdenden Bevölkerung. URL: http://www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen2006/pdf/copy8_of_eugleichbehandlungsrichtlinien.pdf

Ebert, Andreas / Kistler, Ernst / Trischler, Falko (2007): Ausrangiert – Arbeitsmarktprobleme Älterer in den Regionen. (= edition der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 189). Düsseldorf.

Engel, Reinhard (2007): Kein altes Eisen. Leiser Wandel auf dem Arbeitsmarkt: Ältere sind wieder gefragt. Doch viele Unternehmen wissen nicht, wie sie mit ihnen umgehen sollen. In: Zeit online 31/2007; S. 9. URL: <http://hermes.zeit.de/pdf/archiv/2007/31/Arbeitnehmer-ueber-50.pdf> [abgerufen m 22.7.2008).

Femers, Susanne (2007): Die ergrauende Werbung. Altersbilder und werbesprachliche Inszenierungen von Alter und Altern. Wiesbaden. VS Verlag.

Gerok, Wolfgang / Brandstädter, Jochen (1994): Normales, krankhaftes und optimales Altern: Variations- und Modifikationsspielräume. In: Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen / Staudinger, Ursula (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studientext zur Gerontologie. Berlin / New York. de Gruyter. S. 356 – 385.

Hondrich, Karl-Otto (2007): Weniger sind mehr. Warum der Geburtenrückgang ein Glücksfall für unsere Gesellschaft ist. Frankfurt am Mai. Campus-Verlag.

- König, Armin (2007): Barrierefreiheit und „Bauen für Alle“ in der Gemeinde Illingen: Schrittmacher für barrierefreie Kommunen. In: Leidner, Rüdiger / Neumann, Peter / Rebstock, Markus (Hrsg.): Von Barrierefreiheit zum Design für Alle – Erfahrungen aus Forschung und Praxis. (= Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft für Angewandte Geographie Münster e.V. Heft 38). S. 117-122.
- Lehr, Ursula (2007): Alterung der Bevölkerung. URL: http://www.berlin-institut.org/online_handbuchdemografie/bevoelkerungsdynamik/auswirkungen/alterung.html [Abruf am 27.7.2008].
- Mayer, Karl Ulrich et al. (1994): Gesellschaft, Politik und Altern. In: Baltes, Paul B. / Mittelstraß, Jürgen / Staudinger, Ursula (Hrsg.): Alter und Altern: Ein interdisziplinärer Studententext zur Gerontologie. Berlin / New York. de Gruyter. S. 721 – 757.
- Niejahr, Elisabeth (2004): Alt sind nur die anderen. Frankfurt a.M.
- Niejahr, Elisabeth (2006): Die Entdeckung des Alters. Das Gute an der Rentendebatte: Die Deutschen merken, worauf es künftig ankommt. In: ZEIT online 08/2006, S. 34. URL: http://www.zeit.de/2006/08/Argument_08 [Abruf 22.7.2008]
- Saarland – Der Chef der Staatskanzlei (2008): Demographiebericht der saarländischen Landesregierung. Den demographischen Wandel gestalten. Saarbrücken.
- Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott. München.
- Schlömer, Claus (2006): Bestimmungsfaktoren der zukünftigen räumlich-demographischen Entwicklung in Deutschland. In: Gans, Paul / Schmitz-Veltin, Ansgar (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels. Teil 6: Demographische Trends in Deutschland. Folgen für Städte und Regionen. Akademie für Raumforschung und Landesplanung (= Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL Bd. 226). Hannover. S. 4-16.
- Schröer, Sebastian / Straubhaar, Thomas (2006): Demographische Entwicklung – Problem oder Phantom. HWWI Policy Paper. Hamburg 2006.
- Schwitzer, Klaus-Peter (2005): Der demografische Wandel und seine Bedeutung für die Kommunen – Wege zur Stärkung der Selbstorganisation älterer Menschen (Vortrag auf der Fachtagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) am 24.10.2005). URL: http://www.seniorenbueros.org/fileadmin/user_upload/Fachtagung_2005/Schwitzer_DZ_A.pdf [Zugriff 27.7.2008].
- Spannowsky, Willy / Hofmeister, Andreas (Hrsg.)(2008): Innenentwicklung unter neuen Vorzeichen. Köln, München: Carl Heymanns Verlag.
- Thieme, Frank (2008): Alter(n) in der alternden Gesellschaft. Eine soziologische Einführung in die Wissenschaft vom Alter(n). Wiesbaden. VS Verlag.

66557 Illingen

Der Autor ist Bürgermeister der Gemeinde Illingen und Verwaltungswissenschaftler.